

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Dr. Thomas Leoni, MA

Präsident der AK Oberösterreich

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

**Anstieg der  
psychisch bedingten Krankenstände  
in Oberösterreich wirksam bekämpfen!**

Pressekonferenz

am Freitag, 25. Jänner 2019, um 11 Uhr

Arbeiterkammer Linz

## **Psychische Erkrankungen wirken nach wie vor stigmatisierend**

Eine psychische Erkrankung stellt für Betroffene eine große Belastung dar – Angst vor Jobverlust, Probleme im sozialen, familiären Umfeld, die „Unsichtbarkeit“ der Krankheit und Unverständnis von vielen Seiten – all das kann Menschen völlig aus der Bahn werfen. Die Gefahr, arbeitslos zu werden, ist für psychisch Erkrankte bis zu achtmal höher als für Gesunde. Dies zeigt eine aktuelle WIFO-Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich. Sie belegt zudem, dass nur wenige psychisch Erkrankte an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können – vor allem bei längerem Ausfall. Daher braucht es dringend einen Kündigungsschutz im Krankenstand, damit das Auskurieren und der Wiedereinstieg möglich werden, sowie ein Arbeitszeitgesetz, das auf Belastungen Rücksicht nimmt, statt diese noch zu verstärken.

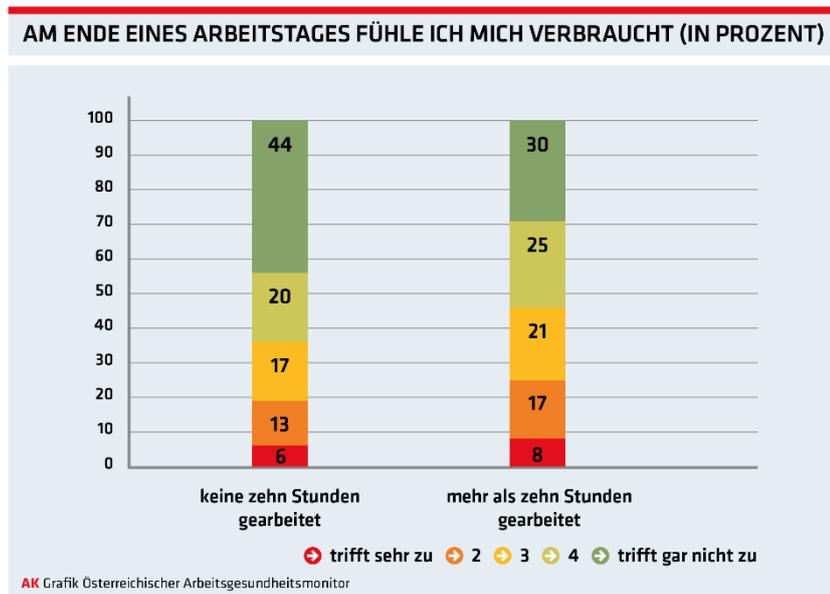
## **Psychisch bedingte Krankenstände um 50 Prozent gestiegen**

Seit Jahren sind psychische Krankheiten auf dem Vormarsch – und viele davon arbeitsbedingt: 2016 fielen in Oberösterreich rund 740.000 Krankenstandstage alleine wegen psychischer Diagnosen an. Fast zehn Prozent aller Krankheitstage gehen mittlerweile auf psychische und Verhaltensstörungen zurück. Der Grund: die Dauer psychisch bedingter Erkrankungen ist überdurchschnittlich lang. Ihr Anteil an den gesamten Krankenständen lag 2016 in Oberösterreich bei 2,5 Prozent und scheint vergleichsweise niedrig. Tatsächlich bedeutet dies jedoch einen deutlichen Anstieg von 50 Prozent seit 2005 (1,7 Prozent). Somit zählen sie zu den wichtigsten Ursachen für Krankenstände. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung der Invaliditätspensionen wider: In den vergangenen Jahren gingen deutlich über 30 Prozent der anerkannten Anträge auf psychische Erkrankungen zurück, die mittlerweile neben Muskel-Skelett-System-Krankheiten eine Hauptursache für den Bezug von Invaliditätspensionen sind.

Gerade bei psychischen Erkrankungen herrschen (noch immer) Vorurteile vor, weshalb Betroffene ihre Erkrankung oft verschweigen. Der gesellschaftliche Druck, „funktionieren“ zu müssen, und die Deutung psychischer Erkrankungen als persönliche Schwäche machen das Thema noch immer zu einem Tabu.

## Arbeitszeit und Zeitdruck belasten die Arbeitnehmer/-innen

Eine aktuelle Auswertung des Arbeitsgesundheitsmonitors der AK Oberösterreich zeigt, dass vor allem lange Arbeitszeiten den Druck auf die Beschäftigten erhöht. Ein Arbeitstag der länger als zehn Stunden dauert, erschwert es den Arbeitnehmer/-innen, Berufs- und Privatleben gut zu vereinbaren. Die Hälfte jener Arbeitnehmer/-innen, die täglich unter zehn Stunden arbeiten, schafft dies zwar sehr gut, doch bei jenen, die über zehn Stunden arbeiten, sinkt der Anteil auf knapp ein Drittel.

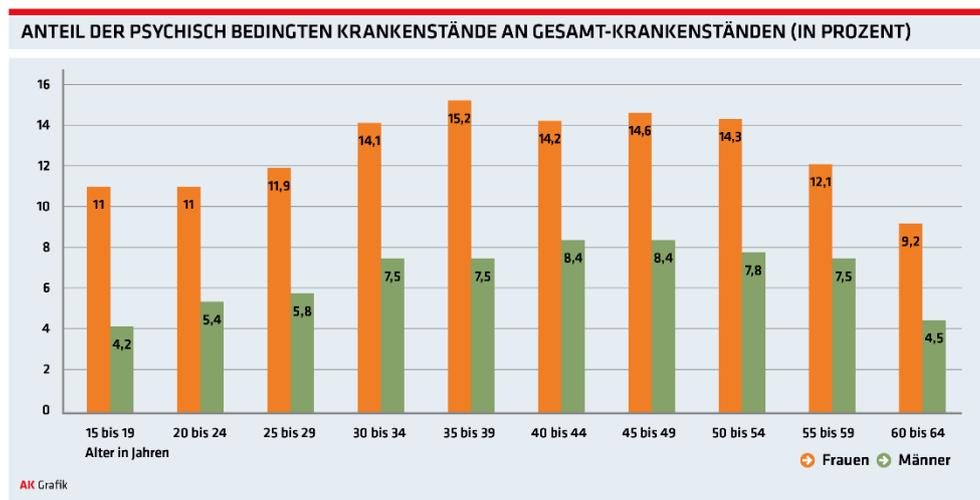


Längere Arbeitszeiten führen auch dazu, dass sich die Arbeitnehmer/-innen nach ihrem Arbeitstag energielos und verbraucht fühlen. Darüber hinaus leiden viele Beschäftigte unter erhöhtem Zeitdruck. Die Arbeitszeitverlängerung wirkt sich also negativ auf Gesundheit, Wohlbefinden und Privatleben der Arbeitnehmer/-innen aus.

## Frauen deutlich öfter psychisch krank

Die Analyse von Krankenständen und deren Entwicklung ist daher wichtig, um die gesundheitliche Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschätzen zu können. Die aktuelle Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) „Entwicklung und Verteilung der psychischen Krankenstände in Oberösterreich“ liefert dazu interessante Ergebnisse. Sie bestätigt, dass Frauen stärker von

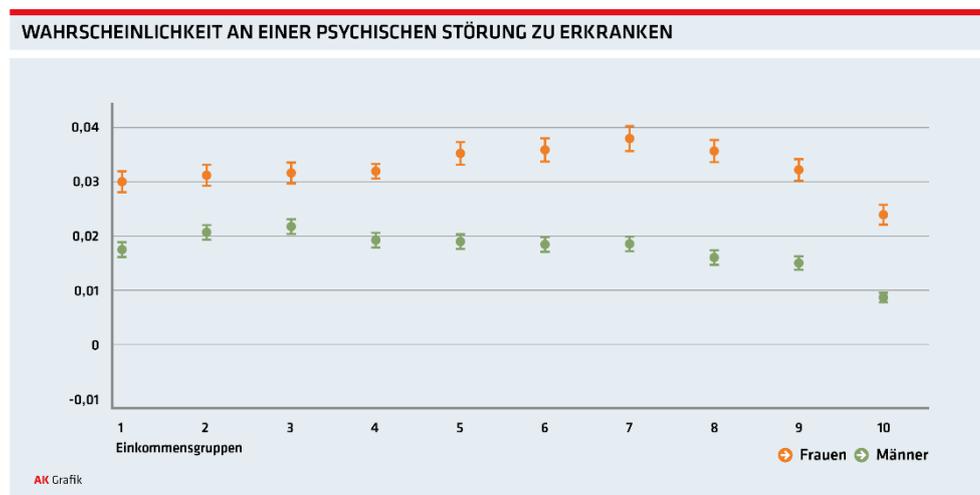
psychischen – vor allem depressiven – Erkrankungen betroffen sind. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einerseits arbeiten Frauen eher in psychisch belastenden Branchen wie im Gesundheits- und Sozialwesen oder in pädagogischen Berufen. Andererseits sind Frauen vom Problem, Beruf und Kinderbetreuung organisatorisch vereinbaren zu müssen, häufig stärker betroffen als Männer. Frauen agieren zudem „gesundheitsbewusster“ und suchen bei psychischen Erkrankungen bzw. beim Auftreten entsprechender Symptome eher den Arzt auf als Männer.



Die Studie zeigt, dass bei Frauen der Anteil psychisch bedingter Krankenstände deutlich höher ist als bei Männern. Frauen haben in allen Altersgruppen im Vergleich zu Männern eine eineinhalb- bis zweifache Wahrscheinlichkeit an einer psychischen Störung zu erkranken. Insbesondere der Zusammenhang zwischen Einkommen, Geschlecht und der Wahrscheinlichkeit eines psychischen bedingten Krankenstands liefert erstaunliche Ergebnisse:

So ist bei Männern der positive Zusammenhang zwischen Einkommen und Gesundheit recht eindeutig erkennbar. Mit steigendem Einkommen wird es bei ihnen unwahrscheinlicher, an einer psychischen Störung zu erkranken. Bei Frauen ist der Zusammenhang nicht so eindeutig. Zwar ist auch bei Frauen in den höheren Einkommensgruppen die Wahrscheinlichkeit prinzipiell rückläufig, allerdings steigt sie im fünften bis achten Zehntel deutlich an. Dass ein höheres Einkommen zugleich eine sinkende Erkrankungswahrscheinlichkeit bedeutet, ist bei Frauen also nicht so

eindeutig wie bei Männern. Die Gründe, warum Frauen mit steigendem Einkommen stärker von psychischen Erkrankungen betroffen sind als Männer, sind vielfältig. So müssen Frauen für das gleiche Einkommen mehr leisten. Auch wenn Frauen und Männer gleich viel verdienen, stehen dennoch unterschiedliche Leistungen und Belastungen dahinter. Frauen sind zudem stärker von Vereinbarungsproblemen betroffen, weil sie nach wie vor mehr für die Kinderbetreuung zuständig sind. In den unteren Einkommensgruppen arbeiten Frauen eher in Teilzeit – was wiederum die Kinderbetreuung zeitlich einfacher macht, womit ein Stressfaktor verringert wird.



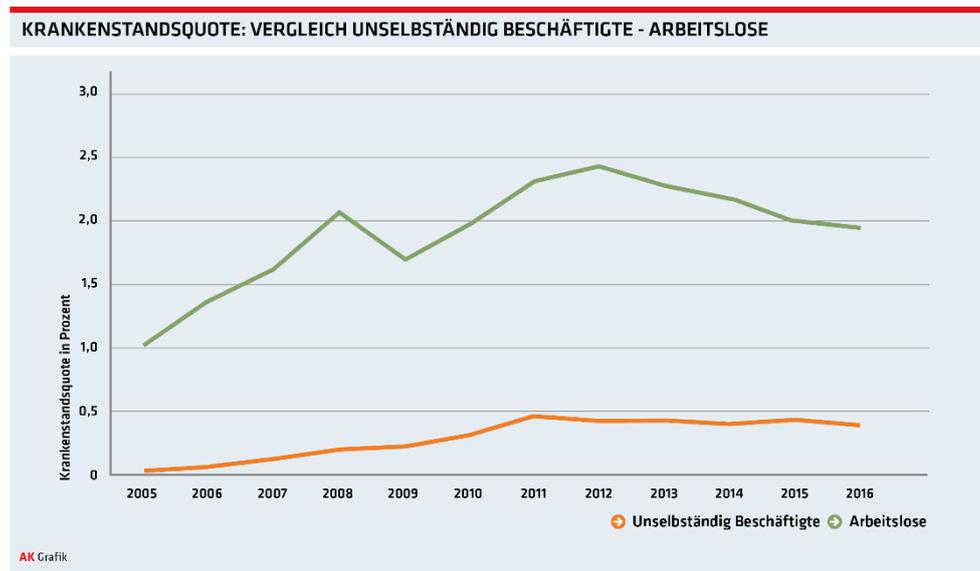
## Konsum von Psychopharmaka um 60 Prozent gestiegen

Der Konsum von Psychopharmaka durch oberösterreichische Beschäftigte ist zwischen 2005 und 2016 massiv gestiegen – um 60 Prozent. Auch hier gibt es nennenswerte Unterschiede hinsichtlich Alter und Geschlecht. Frauen konsumieren durchschnittlich mehr als doppelt so viele Psychopharmaka wie Männer. Ältere Arbeitnehmer/-innen (50 Jahre und älter) verzeichnen einen vielfach höheren Konsum als jüngere – entweder, weil eine schwerere oder chronische Erkrankungsform vorliegt oder weil man dadurch Fehlzeiten vermeiden werden will. Allerdings ist zu beachten, dass der Heilmittelkonsum der Jüngeren den stärksten Zuwachs verzeichnet.

## Arbeitslose um ein Vielfaches stärker von psychischen Gesundheitsproblemen betroffen

Arbeitslose haben generell eine etwa doppelt so hohe Krankenstandsquote (Anzahl der jährlichen Krankenstandstage dividiert durch die Versicherungstage) als

Beschäftigte – über alle Diagnosen und Krankheitsbilder hinweg. Bei psychisch bedingten Krankenständen wird der Unterschied zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten besonders groß: 2016 waren Arbeitslose etwa fünf- bis sechsmal länger krank, in den Jahren davor sogar achtmal.



Einerseits sind psychisch bedingte Gesundheitsprobleme ein besonders hoher Risikofaktor für Arbeitslosigkeit, andererseits hat Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, negative Auswirkungen auf die Gesundheit – vor allem auf die psychische. Eine besonders hohe Krankenstandsquote für Arbeitslose ist die Folge.

## Psychisch bedingte Krankenstände

### erhöhen das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren

Unabhängig von der Diagnose zeigt sich, dass sich die Krankheitsdauer auf das Beschäftigungsverhältnis auswirkt. Personen ohne oder bis zu einer Woche Krankenstand haben die höchste Wahrscheinlichkeit, ein Jahr später noch am selben Arbeitsplatz zu sein. Je länger der Krankenstand allerdings dauert, desto mehr nimmt diese Wahrscheinlichkeit ab. Und das unabhängig vom Geschlecht. Männliche Beschäftigte mit mehr als einem Monat Krankenstand hatten ein Jahr später noch zu 79 Prozent denselben Job. Bei mehr als drei Monaten waren es nur noch 60 Prozent. Bei den

Frauen waren es 76 bzw. ebenfalls 60 Prozent. Bei einem Krankenstand mit einer Dauer von mehr als einem Jahr sinkt der Anteil noch weiter ab.

Die WIFO-Studie zeigt, dass sich die Beschäftigungsverläufe von psychisch erkrankten Personen von jenen mit anderer Diagnose maßgeblich unterscheiden. Um die Vergleichbarkeit zu erhöhen, wurden nur Personen verglichen, die sich in einem längeren Krankenstand (mindestens ein Monat) befanden. Das Ergebnis: Ein Jahr nach Krankenstandsbeginn befand sich weniger als die Hälfte der psychisch Erkrankten (Männer: 44 Prozent; Frauen: 47 Prozent) noch im selben Beschäftigungsverhältnis. Bei den restlichen Beschäftigten mit langem Krankenstand waren es hingegen 72 (Männer) bzw. 67 Prozent (Frauen).

### **Forderungen der AK Oberösterreich**

- Kündigungsschutz während des Krankenstandes oder zumindest ein wirksamer Motivkündigungsschutz – psychisch erkrankte Beschäftigte brauchen Sicherheit für die Gesundheit statt Angst vor Jobverlust.
- Das neue Arbeitszeitgesetz muss dringend nach einer einfachen Faustregel geändert werden: Je höher die Belastung, desto kürzer die Arbeitszeit.
- Verpflichtung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement: Nach einem langen Krankenstand braucht es gemeinsame Anstrengungen, damit die Rückkehr dauerhaft gelingt.
- Die Evaluierung psychischer Belastungen muss durchgeführt und die notwendigen Veränderungsmaßnahmen müssen umgesetzt werden. Das Arbeitsspektroskopat muss wirksam und wiederkehrend kontrollieren können. Dafür braucht es ausreichend Ressourcen und Kompetenz. Wer die Gesundheit der Beschäftigten gefährdet, muss auch mit empfindlichen Strafen rechnen.